Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schmidt, Julian: Die Revolution und der Bundestag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Die Revolution und der Bundestag.

Das improvisirte Parlament der deutschen Nation hat seine Aufgabe im Wesentlichen beendigt. Der Ausgang seiner Berathungen ist eben so unklar gewesen, als die Art seiner Zusammensetzung, und doch hat die revolutionäre Gewalt, die in der Zeit liegt, dieser Versammlung, die staatsrechtlich ungültig war und deren Kraft man nur nach dem unmittelbaren Gewicht ihrer Thaten hätte abmessen sollen, einen Impuls verliehen, daß sie dem alten Bundestag, der freilich schon in den letzten Zügen lag, den Rest gegeben hat.

Staatsrechtlich betrachtet, vertrat die Versammlung Niemand anders als sich selbst. Ein guter Freund hatte den andern aufgefordert, nach Frankfurt zu kommen und sich über die kritische Lage Deutschlands zu berathen. Es war eine Versammlung sachverständiger, zum Theil populärer Männer, die nur ein moralisches Gewicht in die Waagschale der politischen Entscheidung legen konnten.

Wenn daher die republikanische Partei, unter Hecker's und Struve's Leitung, die Versammlung aufzureizen suchte, sich für permanent zu erklären und geradezu als deutsches Parlament der Nation Gesetze zu geben, so wäre ein solcher Schritt ein freches Attentat gegen die Souveränität der Nation gewesen, und diese hätte es mit eben so großer Entschiedenheit zurückgewiesen, als die Fürsten selbst. Es ist daher ein Glück für Deutschlands politische Entwickelung, daß die Versammlung mit entschiedener Majorität diese Usurpation zurückgewiesen, daß sie die sogenannte republikanische Partei wenigstens so ziemlich aus dem Ausschuß verdrängt hat, der bis zur wirklichen Zusammenkunft des deutschen Parlaments in Frankfurt residiren soll.

Die Versammlung erhielt dadurch ein größeres Gewicht, daß die neuen Bundestagsgesandten, welche die wiedergebornen deutschen Staaten zur Reorganisation des Bundestages abgesendet hatten, sich in sie aufnehmen ließen. Es war dadurch gleichsam officiell zugestanden, daß man von den Ansichten dieser sachverständigen Männer am Bundestag Notiz nehmen werde. Wenn nun das moralische Gewicht der Versammlung die alten Knechte des Absolutismus, die Männer der

Karlsbader Beschlüsse, zur Abdankung veranlaßte, so kann man eine solche Einwirkung nur preisen.

Dennoch bleibt in der Sache noch immer viel Unbestimmtes und daher Bedenkliches. Wir schenken den 50 Männern, die zu dem permanenten Ausschuß gewählt sind, unbedingtes Vertrauen, aber sind sie sich selber klar, was sie eigentlich vorstellen? Ein comité de surveillance gegen den Bundestag, scheint es, und zugleich eine Art Vermittler zwischen demselben und — wem doch gleich? der deutschen Nation? jedenfalls der Nation in partibus infidelium. Oesterreich ist so gut wie gar nicht*), Preußen nicht viel mehr vertreten, und wir trauen der Versammlung die Tollheit nicht zu, die Deutschen mit Ausschluß Oesterreichs und Preußens für die deutsche Nation zu erklären.

Wie dem auch sei, die Versammlung hat bisher wohlthätig gewirkt, sie hat den Bundestag angestachelt, sie hat zweckmäßige Vorschläge über die Zusammensetzung des neuen Parlaments gemacht, sie hat auch verschiedene löbliche Aeußerungen über Deutschlands auswärtige Politik fallen lassen. Wenn sie freilich ernsthaft darüber berathen hat, ob sie Posen in den deutschen Bund aufnehmen sollte oder nicht — ich glaube auch Galizien — so sah das kurios genug aus. Alles in Allem, ist es sehr gut, daß es noch so abgegangen ist.

Die Initiative bei der neuen Verfassung kann, rechtlich, kein anderer haben, als die constitutionellen Vertreter der 38 deutschen Staaten, in denen bisher allein die Souveränität ruhte: die Fürsten, d. h. ihre nach der Majorität der Landstände bestimmten und allein verantwortlichen Minister. Denn die jetzige Versammlung des Bundestages ist die alte nicht mehr; es sind nicht mehr die Bedienten Metternichs, die dort sitzen, sondern die Vertreter freier Staaten.

Man mißverstehe mich nicht: ich schließe mich vollständig der Ansicht mehrerer deutschen Fürsten an, daß diese Staaten aufgelöst werden sollen, daß sie „aufgehn" sollen in den deutschen Bundesstaat; möge Oesterreich, möge Preußen, möge Baiern, Baden u. s. w. u. s. w. zusammenstürzen zu Gunsten Deutschlands — es wird mir vielleicht wehe thun um meines bisherigen Vaterlandes willen, aber fort damit, wenn ein besseres daraus hervorgeht! — aber noch sind diese Staaten nicht aufgelöst, noch sind sie die einzigen Träger der deutschen Nationalität, und jeder Versuch, mit Umgehung derselben den neuen deutschen Staat zu constituiren, ist eine Usurpation, und führt zur Anarchie! Und wer unter diesen Umständen, in einer Krisis, wie sie Deutschland noch nie erlebt, die Anarchie predigt, die noch bestehenden Bande lockert, ist ein dreifacher Verräther an der Sache des deutschen Vaterlandes.

---

*) Doch. Wien hat die Herren Anastasius Grün, Bauernfeld, Endlicher und Schuselka, wie wir so eben hören, nach Frankfurt deputirt. D. Red.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Bundestag hat die Einberufung des neuen Parlaments auf den 1. Mai beschlossen — ein etwas eilfertiger Entschluß! er hat die Art der Wahl mit Recht den Staaten überlassen.

Wenn aber der neue preußische Minister, Herr Camphausen, diese Wahl den alten, verfaulten Provinzialständen überläßt, so weiß man in der That nicht, was man dazu sagen soll; es grenzt an Hundstagsraserei. Es ist ein Hohn gegen das deutsche Volk, aber auch ein Hohn gegen das preußische, das nun gezwungen ist, sich durch diese Vertreter vor den Augen Deutschlands zu compromittiren. Wenn der neue preußische Staat mit Hegemonie und dergl. coquettirt, dabei aber sich in eben so großer Halbheit bewegt als der alte, so wird man ihn eben so wenig brauchen können.

Julian Schmidt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen